



Nach der Europawahl: Mit Mut in die europäische Zukunft

Beschluss der Landesversammlung vom 6. Juli 2014 in Mannheim

Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben in vielen Mitgliedstaaten zu einer Stärkung anti-europäischer oder europaskeptischer Kräfte geführt. Dennoch stellt die Gruppe von Europaabgeordneten dieser Parteien im neuen Europäischen Parlament eine Minderheit. Weiterhin setzt eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in der Europäischen Union auf eine Fortsetzung der europäischen Einigung. Diese Mehrheit, die zum Teil auch in den Medien weniger Gehör findet als lautstarke oder exzentrische Minderheiten, muss zum Maßstab für die Vertiefung der EU werden. Allerdings zeigt sich, dass die Europäische Union einen Vertrauensschub braucht. Die Bürgerinnen und Bürger wollen wissen, welche Zukunftsperspektiven ihnen die europäische Einigung bietet. Sie wollen sich mit der EU positiv identifizieren. Wir brauchen ein größeres europäisches Wir-Gefühl. Noch nie hatten die Europäer so viele Möglichkeiten hierzu wie heute. Es ist an der Zeit, diese Seiten Europas stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Gerade wir in Baden-Württemberg haben hierzu die viele gute Voraussetzungen. Als Land in der Mitte Europas, mit politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Verbindungen zu unseren unmittelbaren Nachbarn Frankreich und Schweiz, zu vielen Partnerregionen in ganz Europa und in den Donauroum können wir tagtäglich von den Errungenschaften der EU profitieren. Dies beginnt mit den Möglichkeiten des ungehinderten kleinen Grenzverkehrs, geht über die Reisefreiheit und endet mit der Möglichkeit, in einem anderen EU-Land zu arbeiten, zu studieren oder eine Ausbildung zu machen. Ob in der Wirtschaft, der Wissenschaft, im Vereinsleben, der Kultur – Europa steht für den Austausch, der zu einem Mehrwert führt. Europäische Regelungen im Verbraucherschutz haben im täglichen Leben konkrete positive Auswirkungen. Mit EU-Förderprojekten können neue innovative Konzepte oder Ideen umgesetzt werden. Die Europäische Union ist zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts geworden, in dem Konflikte friedlich auf dem Rechtsweg oder in Verhandlungen und nicht mit Gewalt gelöst werden. Diese Liste der Errungenschaften Europas ließe sich weiter fortsetzen. Notwendig ist es jedoch, sich ihrer stärker bewusst zu werden.

Wir als überparteiliche Bürgerinitiative wollen unseren Beitrag hierzu gerne weiter leisten und laden alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte ein, mit uns gemeinsam am europäischen Wir-Gefühl gemeinsam zu arbeiten.

Wir fordern:

1. Die Vermittlung europäischer Themen in den Medien weiter zu verstärken. In der politischen Berichterstattung konnten zwar Fortschritte erzielt werden, jedoch ist das Informationsdefizit über europapolitische Fragen und die Funktionsweise der EU weiter vorhanden. Gefragt ist auch eine ausgewogene und sachliche Berichterstattung, die Vorurteile abbauen hilft. Neben den politischen Themen sollte verstärkt auch über die Menschen und Kulturen in anderen europäischen Ländern berichtet werden, um das gegenseitige Verständnis und Wissen zu stärken. Weiterhin sollten auch Unterhaltungsformate genutzt werden, um Gemeinsamkeit zwischen den Europäerinnen und Europäern zu fördern.
2. Europa braucht eine stärkere gemeinsame Erinnerungskultur. Nach mehr als sieben Jahrzehnten des Friedens im Zentrum Europas ist die Erinnerung an Krieg und Gewalt verblasst und der Friede wird als Selbstverständlichkeit betrachtet. Historische Ereignisse wie der 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges sollten vor allem als europäische Gedenktage begangen werden. Die vielen positiven Ansätze in Museen, Ausstellungen und Gedenkstätten in diese Richtung begrüßen wir ausdrücklich.
3. Die europäische Einigung und ihre Vorgeschichte, die gemeinsamen europäischen Werte und historischen Entwicklungen müssen auch in Zukunft zentraler Bestandteil des Schulunterrichts

in Baden-Württemberg bleiben. Bei der Erarbeitung des neuen Bildungsplans muss sichergestellt werden, dass diese Themen entsprechend für alle Schularten verbindlich verankert werden. Der Europäische Wettbewerb ist hervorragend geeignet, Schülerinnen und Schüler an europäische Themen heranzuführen. Wir fordern, dass die Unterstützung des Europäischen Wettbewerbs durch das Land Baden-Württemberg dauerhaft gesichert wird.

4. Unionsbürger benötigen auch ein einheitliches und gleiches Unionswahlrecht
Die Europa-Union Baden-Württemberg fordert die nationalen und europäischen Organe dazu auf, dafür zu sorgen, dass Unionsbürger nach einem einheitlichen Wahlrecht das europäische Parlament wählen können. Das Europäische Parlament wurde nach 28 nationalen unterschiedlichen Wahlrechten gewählt. Die Europaabgeordneten sind jedoch in erster Linie die Vertreter der Unionsbürger und nicht der Mitgliedstaaten. Sie sollen zugleich die Meinungsvielfalt ihrer Herkunftsstaaten widerspiegeln. Dies ist weder mit einer Aufblähung des Europäischen Parlaments noch mit einer dauerhaften Beibehaltung der sog. degressiven Proportionalität, wonach Abgeordnete aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten unterschiedlich große Wählergruppen repräsentieren, zu erreichen. Deshalb brauchen wir ein einheitliches Wahlrecht auf europäischer Ebene, das grenzüberschreitende Parteilisten zulässt.
5. Der Euro ist das Symbol des geeinten Europas. Die Staatsschuldenkrise in einigen Euro-Ländern hat ihre Ursachen in verfehlter staatlicher Ausgabenpolitik, in fehlenden Steuereinnahmen und in den Ausgaben zur Rettung von national als wichtig empfundener Banken. Diese Probleme wären durch einen Austritt einzelner Mitglieder oder einen Zerfall der Eurozone keinesfalls gelöst. Vielmehr würde die Krise noch verschärft. Ein geordneten Austritt aus der Eurozone ist eben so wenig durchführbar wie eine Aufspaltung der Währungsunion. Wir fordern die EZB, die Regierungen aber auch die Vertreter der Wirtschaft und die Sozialpartner auf, die Gefahren im Falle des Auseinanderbrechens der Eurozone deutlicher zu kommunizieren.
6. Die Europäische Union darf zur Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben nicht immer wieder Opfer eines unwürdigen Geschachers der Mitgliedstaaten um ihre Einnahmen werden. Schuld daran ist die Hauptfinanzierung der EU-Haushaltes durch die sog. „BNE-Eigenmittel“, den Beiträgen der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt entsprechend ihrer Wirtschaftsleistung, die 75 % des EU-Haushaltes ausmachen. Die EU braucht deshalb endlich eine von den Mitgliedstaaten unabhängige Einkunftsart, weshalb sie eigene Steuern erheben dürfen soll. Diese Steuern sollen dabei auf grenzüberschreitende Belastungen wie bei Umweltbelastungen und bei den Profiteuren des Binnenmarktes wie grenzüberschreitend tätigen Unternehmen erhoben werden.
7. Die Europäerinnen und Europäer brauchen noch mehr Möglichkeiten, um die Chancen der Mobilität auch wirklich nutzen zu können. Hierzu ist ein Ausbau der Austauschprogramme wie Erasmus+ dringend erforderlich. Notwendig ist jedoch vor allem auch eine Verbesserung der Möglichkeiten der Anerkennung von Qualifikationen, Berufsabschlüssen, Studienleistungen etc. Hier sind vor allem die nationalen und regionalen Gesetzgeber gefragt, für Verbesserungen zu sorgen.
8. Die Europa-Union Baden-Württemberg ist sich mit vielen Akteuren in unserem europäischen Dachverband, der UEF und der Jungen Europäischen Föderalisten JEF darin einig, dass die Regeln und Grundlagen Europas neu verhandelt und neu geordnet werden sollten, um dem Ziel eines gemeinsamen föderalen Europas in den nächsten fünf bis zehn Jahren deutlich näher zu kommen. Dafür braucht es einen neuen europäischen Konvent unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, der in der jetzigen Wahlperiode des Europaparlaments angestoßen werden muss und die Grundlagen einer künftigen europäischen Verfassung legen soll.

Hintergrund-Information zu Europa-Union Baden-Württemberg e.V.:

Die Europa-Union Deutschland ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verband, der seit über 60 Jahren unter dem internationalen Dachverband der Europäischen Bewegung in der Gesellschaft durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen auf ein geeintes, demokratisches Europa

in Frieden, Freiheit und Wohlstand hinwirkt. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Rund 18.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 350 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Im Landesverband Baden-Württemberg führen wir über 3.100 Mitgliedern in 32 Kreisverbänden.

Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. zählt neben vielen parteilosen Persönlichkeiten viele führende Politiker aus den Reihen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. 8 der 11 Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Mitglied der Europa-Union. Im Landtag von Baden-Württemberg gehören aktuell 51 Abgeordnete aus CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen der Europa-Union an. Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist ebenso langjähriges Mitglied der Europa-Union wie der heutige EU-Kommissar Günther H. Oettinger. Über 138 Kommunen im Land unterstützen die Arbeit der Europa-Union durch eine Mitgliedschaft.

Auch in der Spitze des Bundesverbandes spiegelt sich ihr überparteiliches Profil wider. Neben dem Präsidenten, Rainer Wieland MdEP (CDU), finden sich im Präsidium unter anderen parteilosen EUD-Mitgliedern, Eva Högl MdB (SPD) und Evelyne Gebhardt MdEP (SPD) wieder.

Kontakt:

Daniel Frey, Mediensprecher
E-Mail: Daniel.Frey@eubw.eu
Webseite: www.eubw.eu